

STRATEGIE 2016 – 2019

**SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI
BERN-NORD**



Bern-Nord
wir ergreifen Partei

UNSER ZIEL: DEMOKRATISCHER SOZIALISMUS

Wie die Vision der SP Schweiz im Parteiprogramm von 2010 festhält, wollen wir Sozialdemokrat_innen die Demokratisierung der Wirtschaft, eine neue Eigentumsordnung und ein neues Bodenrecht, eine solidarische Gesellschaftsordnung, eine gerechte und friedliche Weltordnung und den Abbau der Abhängigkeit von nicht erneuerbaren Ressourcen.

Wir streben den demokratischen Sozialismus an. Wir verstehen darunter eine Gesellschaft, die nicht von Profitinteressen getrieben wird, sondern durch den demokra-

tisch gefassten Willen aller Menschen. Damit dies gelingen kann, müssen die gesellschaftlichen Bedingungen so verändert werden, dass jeder nach seinen Bedürfnissen, jede nach ihren Fähigkeiten

leben kann: Das heisst, wir bekämpfen soziale Ungleichheit und setzen uns dafür ein, dass der gemeinsam erarbeitete Reichtum allen zugute kommt.

In der vorliegenden Strategie beschreiben wir, wie wir diese Ziele als SP-Sektion umsetzen, auf welche Werte wir uns stützen, und was wir in der Strategieperiode 2016 bis 2019 angehen wollen. Unsere Tätigkeiten beziehen sich auf unser Quartier und unsere Stadt, aber auch auf die kantonale, nationale und internationale Ebene. Die Strategieperiode orientiert sich zeitlich an der städtischen Legislatur.

**Wir bekämpfen soziale Ungleichheit
und setzen uns dafür ein, dass der
gemeinsam erarbeitete Reichtum allen
zugute kommt.**

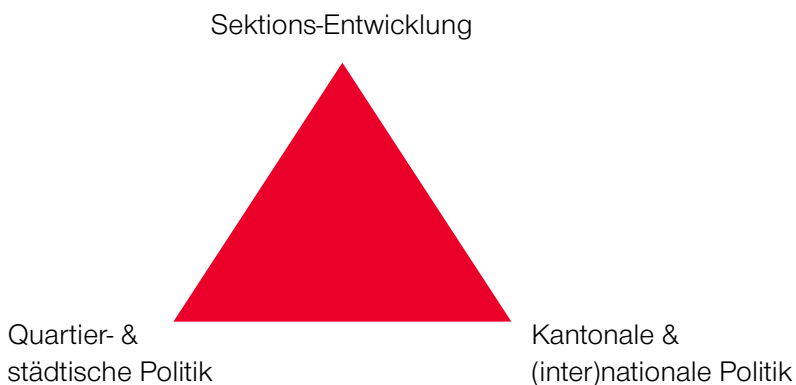
UNSER WEG ZUM ZIEL

Wir setzen uns im Nordquartier, in der Stadt Bern, im Kanton und darüber hinaus für die Demokratisierung von Wirtschaft und Gesellschaft, für Chancengleichheit in Bildung und Beruf, soziale Gerechtigkeit und tatsächliche Gleichstellung, für eine vielfältige Gesellschaftsordnung und Diskriminierungsfreiheit, für nachhaltige Mobilität und für die Überwindung kapitalistischer Einzelinteressen ein.

**Wir streben ein solidarisches
Miteinander an.**

Wir stehen für eine Politik ein, die eine hohe Lebensqualität im Quartier ermöglicht, durch die niemand vertrieben wird, und wir streben ein solidarisches Miteinander an. Wir haben Mut zu einer fortschrittlichen, linken Politik. Mit einer allgemeinverständlichen Sprache vermitteln wir unsere Werte und setzen sie mit konkreten Massnahmen um.

Wir arbeiten im Spannungsverhältnis zwischen tagespolitischen Kämpfen für bessere Lebensbedingungen und dem langfristigen Ziel, die herrschenden Verhältnisse zugunsten einer solidarischeren Gesellschaftsordnung zu überwinden. Unsere Arbeit gliedert sich dabei in drei Handlungsebenen:



Sektionsentwicklung

Die SP Bern-Nord lebt durch das Engagement ihrer Mitglieder. Wir setzen uns für die Bewohnerinnen und Bewohner des Quartiers ein und vergessen dabei nicht, dass wir auch in grössere Sozialverbände eingebettet sind. Wir bilden auch einen Ort des sozialen Zusammenhalts und einen Gesprächsraum. Um dies aufrecht zu erhalten und im Kontakt mit den Menschen im Quartier zu bleiben, ist eine dauernde Weiterentwicklung unserer Sektionsarbeit sehr wichtig.

**Die SP Bern-Nord lebt durch
das Engagement ihrer Mitglieder.**

Quartier- und städtische Politik

Ob es um ein grosses Bauprojekt, den öffentlichen oder privaten Verkehr, günstigen Wohnraum, alternative Wohnformen, Schulpolitik, Kitas oder um Kulturförderung geht: Wir setzen uns im Quartier und in der Stadt für eine Politik für alle statt für wenige ein. Dazu arbeiten wir in Quartiergremien mit, nehmen an Mitwirkungsprozessen teil und behalten uns juristische Mittel wie Einsprachen vor. Auf städtischer Ebene sind wir politisch vertreten und pflegen einen engen Kontakt zu unseren Mandatstragenden.

**Wir setzen uns im Quartier und
in der Stadt für eine Politik
für alle statt für wenige ein.**

Kantonale und nationale Politik

Viele politische Entscheidungen, die die Menschen im Berner Nordquartier direkt betreffen – wie zum Beispiel in der Sozial-, Gesundheits-, Bildungs-, Wirtschafts- oder Energiepolitik – werden auf kantonaler oder nationaler Ebene getroffen. Die SP Bern-Nord bringt sich aktiv im SP-Regionalverband Bern-Mittelland, in der Kantonalpartei und in der SP Schweiz ein.

UNSERE WERTE

Bei der Formulierung der Werte, die wir unserem politischen Handeln zugrunde legen, stützen wir uns unter anderem auf das Parteiprogramm der SP Schweiz.

Freiheit

Freiheit bedeutet für uns, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes und würdiges Leben führen und gleichberechtigt am wirtschaft-

Freiheit bedeutet für uns, dass alle Menschen ein selbstbestimmtes und würdiges Leben führen und gleichberechtigt am wirtschaftlichen, politischen und sozialen Leben teilnehmen.

lichen, politischen und sozialen Leben teilnehmen. Unsere Vorstellung von Freiheit setzt deshalb eine emanzipatorische Gesellschafts- und Wirtschaftspolitik voraus. Emanzipation bedeutet, dass alle Menschen ermächtigt sind, ihr Leben auf der Basis sozialer

Sicherheit selbst zu bestimmen. Bürgerliche Freiheiten wie Niederlassungsfreiheit, Meinungsfreiheit, Stimm- und Wahlrecht sind wichtige Bedingungen umfassender Freiheit.

Gerechtigkeit und Gleichheit

Gerechtigkeit beruht auf der grundlegenden Überzeugung, dass alle Menschen durch die gleiche Menschenwürde ausgezeichnet sind und ihnen deshalb die gleichen Lebenschancen zustehen. Wir sind

Die Geschichte der Sozialdemokratie ist die Geschichte des Kampfes um Gerechtigkeit. Dieser Kampf ist nie zu Ende.

uns bewusst, dass wir von diesem Zustand weit entfernt sind. Die Geschichte der Sozialdemokratie ist die Geschichte des Kampfes um Gerechtigkeit. Dieser Kampf ist nie zu Ende.

Solidarität und Internationalismus

Solidarität ist der wichtigste handlungsanleitende Wert der SP. Wir verstehen darunter jede Form von Politik und persönlichen Verhal-

tensweisen, die auf Teilnahme und gemeinsamem Handeln beruhen und auf die gerechte Verteilung von Gütern, Diensten, Macht, Wohlstand und Lebenschancen zielen.

Solidarisches Handeln ist auf den Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit ausgerichtet. Solidarische Politik bedeutet Korrektur von ungerechter Verteilung, Beseitigung oder Verminderung von Benachteiligungen, bewusste Parteinahme für die Unterdrückten, Ausgebeuteten, sozial Schwachen und für die Natur.

Solidarität ist auch eine Verpflichtung, den eigenen Kräften gemäss an der Umverteilung der Reichtümer mitzuwirken, sich aktiv ins soziale Leben einzubringen. Solidarität kann nicht an Grenzen halt machen, sondern ist immer internationalistisch ausgerichtet.

Solidarisches Handeln ist auf den Grundsatz der Verteilungsgerechtigkeit ausgerichtet.

Solidarität kann nicht an Grenzen halt machen, sondern ist immer internationalistisch ausgerichtet.

Solidarität ist auch eine Verpflichtung, den eigenen Kräften gemäss an der Umverteilung der Reichtümer mitzuwirken, sich aktiv ins soziale Leben einzubringen. Solidarität kann nicht an Grenzen halt machen, sondern ist immer internationalistisch ausgerichtet.

Solidarität kann nicht an Grenzen halt machen, sondern ist immer internationalistisch ausgerichtet.

Respekt

Respekt verdienen alle Genossinnen und Genossen, die Zeit, Engagement und finanzielle Mittel einsetzen, um unsere gemeinsamen Ziele zu befördern. Respekt verdienen aber auch alle Menschen, die sich für eine soziale und solidarische Gesellschaft einsetzen. Wir achten im persönlichen Umgang auch unsere politischen Gegner_innen, denn wir führen politische Auseinandersetzungen und nicht persönliche Kämpfe.

Authentizität und Integrität

Wir schöpfen unsere Ideen und Argumente aus der ständigen Auseinandersetzung mit unserer Umwelt. Wir sind mit unseren Anliegen nahe an den Menschen. Wir bemühen uns um eine klare und verständliche Sprache und um eine eindeutige Kommunikation. Unsere Politik fusst auf einer gesellschaftlichen Analyse, die sich um Wahrhaftigkeit bemüht. Unsere Aussagen sind korrekt und belegt. Wir lügen nicht und wir decken auch keine Lügen.

SEKTIONSENTWICKLUNG

Starke Sektion

Die Stärke einer Volkspartei liegt zuallererst in der Stärke ihrer Mitglieder. Eines unserer wichtigsten Ziele ist eine stabile Basis enga-

Eines unserer wichtigsten Ziele ist eine stabile Basis engagierter Mitglieder aus allen Bevölkerungsschichten und -gruppen, die die Politik der SP Bern-Nord direkt formt.

gierter Mitglieder aus allen Bevölkerungsschichten und -gruppen, die die Politik der SP Bern-Nord direkt formt. Bis 2019 möchten wir die grösste SP-Sektion des Kantons Bern werden. Wir setzen uns zum Ziel, dass sich mindestens

20% unserer Mitglieder aktiv am politischen Prozess der Sektion beteiligen und ermutigen sie dazu.

Massnahmen:

- Die Grundlage einer starken Basis ist eine aktive **Mitgliederbetreuung**. Wir suchen das Gespräch mit Interessierten, Sympathisant_innen und Neumitgliedern, organisieren regelmässige Neumitglieder-Anlässe und richten ein Götti-/Gotte-System ein mit dem Ziel, neue Mitglieder nach ihren Interessen und Fähigkeiten möglichst bald und optimal in unsere Sektion einzubinden.
- Durch verschiedene **Aktivitäten** mobilisieren wir unterschiedliche Gruppen von (potentiellen) Mitgliedern, schaffen **Gesprächsraum** und stärken den **sozialen Zusammenhalt** im Quartier: Regelmässig organisieren wir attraktive Mitgliederversammlungen und öffentliche Veranstaltungen. Ausserdem führen wir auch regelmässig niederschwellige Anlässe durch wie den Kultur-Event und das Jassturnier, wir beteiligen uns am Politforum, um uns abseits der politischen Tagesaktualität grundlegenden Diskussionen zu widmen, und wir betreiben eine Bar am Herzogstrassenfest. In den nächsten Jahren prüfen wir die Umsetzung von Ideen wie einer Nordstern-Bar, einem SP-Znacht, einem Schachturnier, einem Lesekreis, einem Nordstern-Team am Lenin-Fussballcup oder einer sozialdemokratischen Quartierführung.

■ Wir schaffen und pflegen vielfältige **Möglichkeiten zur aktiven Mitarbeit**, vom Verteilen von Abstimmungs- und Wahl-Material in über dreissig Verteilkreisen im Quartier, über die Beteiligung an Standaktionen oder die Teilnahme an Delegiertenversammlungen bis hin zur Organisation einer Veranstaltung oder zur Mitarbeit in einer ständigen Arbeitsgruppe oder im Vorstand. Durch geeignete Formen machen wir diese Möglichkeiten bekannt.

Nah bei den Menschen

Wir sind die Partei mit dem höchsten Wähler_innen-Anteil im Berner Stadtteil V. Das gibt uns viel Verantwortung, und diese nehmen wir ernst: Wir wollen die Interessen unserer Wähler_innen wirksam vertreten. Dazu sind wir lokal gut verankert und vernetzt, sichtbar und einfach zugänglich. Wir formulieren klare und allgemein verständliche Botschaften und sind offen für Gespräche mit allen Bewohner_innen.

Massnahmen:

■ Wir sind regelmässig im Quartier **auf der Strasse präsent**. Jeweils drei Wochen vor einem Abstimmungssonntag sind wir mit unserem mobilen *Roten Büro* auf dem Breitenrainplatz oder an anderen zentralen Plätzen anzutreffen.

■ Wir suchen und pflegen aktiv **Allianzen** mit verschiedenen möglichen Partner_innen wie anderen Parteien, Quartiervereinen, sozialen Bewegungen, Gewerkschaften und dem Gewerbe.

Wir sind regelmässig im Quartier auf der Strasse präsent.

■ Wir schreiben regelmässig im Quartier-Anzeiger, führen eine attraktive und aktuelle Website und erhöhen unsere **Sichtbarkeit** durch eine starke Präsenz in den sozialen Medien und prüfen ein schwarzes Brett im Quartier. Die Basis für diese Arbeit leistet unsere Arbeitsgruppe Öffentlichkeitsarbeit.

■ Wir arbeiten aktiv in **Quartiergremien** wie dem *Dialog Nordquartier* und der Schulkommission mit.

Ort der politischen Bildung und Entwicklung

**Politische Arbeit ist ein Handwerk:
es ist lernbar.**

Politische Arbeit ist ein Handwerk: es ist lernbar. Dazu ist es wichtig, sich zu grundlegenden sozialde-

mokratischen Zielen und komplexen politischen Zusammenhängen weiterbilden, konkrete Mobilisierungs- und Kampagnen-Formen ein-

üben und auf gezielte Förderung

zählen zu können. Die SP Bern-Nord betreibt eine aktive politische

Bildungsarbeit, die sich an alle

Mitglieder und Sympatisant_innen

richtet und sie betreibt eine aktive

Personalentwicklung.

**Die SP Bern-Nord betreibt eine aktive
politische Bildungsarbeit, die sich an
alle Mitglieder und Sympatisant_innen
richtet und sie betreibt eine
aktive Personalentwicklung.**

Massnahmen:

■ Wir erarbeiten ein **Angebot an Bildungsmodulen** und organisieren auf dieser Basis regelmässig Bildungsangebote, die nahe an der Sektionsarbeit und an den Interessen unserer Mitglieder sind.

■ Wir weisen auf **bestehende Bildungsmöglichkeiten** hin, wie beispielsweise Angebote von *Arbeit Bildung Bern (abb)* oder von *MOVENDO*, dem Bildungsinstitut der Gewerkschaften.

■ Wir streben aktiv die **Zusammenarbeit** und den **Austausch** an mit anderen SP-Sektionen, mit den Verantwortlichen für die Bildungsmodule der SP Kanton Bern und der SP Schweiz, sowie mit den so genannten Bewegungs-Verantwortlichen der SP Schweiz.

■ Unsere Arbeitsgruppe Personelles betreibt eine aktive **Personalentwicklungspolitik**.

Frauenförderung, Feminismus und Gleichstellung

Noch immer sind Frauen in wichtigen Ämtern in Politik, Wirtschaft und Gesellschaft untervertreten, häufig auf Grund struktureller Hindernisse. Noch immer werden Menschen in vorgefertigte Rollenvorstellungen, in «Frauen» und «Männer», eingeteilt, anstatt dass jede

Person ihr Leben nach ihren Neigungen und Fähigkeiten gleichberechtigt gestalten kann. Die SP Bern-Nord trägt aktiv dazu bei, dies zu verändern.

Massnahmen:

■ Wir achten auf eine **aktive Förderung von Genossinnen**, prüfen die Einrichtung eines Frauen-Netzwerks mit Mentoring-System und machen die Aktivitäten der SP Frauen Kanton Bern und der SP Frauen* Schweiz bekannt.

■ Wir **beleuchten politische Fragen**, wie zum Beispiel zur Verteilung von Ressourcen und Macht, **aus einer feministischen Perspektive** und **thematizieren** regelmässig die **Gleichstellung aller Geschlechter**.

Wir beleuchten politische Fragen, wie zum Beispiel zur Verteilung von Ressourcen und Macht, aus einer feministischen Perspektive und thematisieren regelmässig die Gleichstellung aller Geschlechter.

Eine Partei für alle statt für wenige

Wir begegnen allen im Quartier Lebenden vorurteilsfrei, offen und auf Augenhöhe, unabhängig davon, ob sie in Bern aufgewachsen oder zugezogen sind, ob sie Arbeitnehmer_innen, Rentner_innen, selbständig Erwerbende oder erwerbslos sind. Eine solche Willkommenskultur ist das Gegenteil von Abschottung und Ausgrenzung und gleichzeitig das beste Mittel dagegen.

Massnahmen:

■ In unserer Partei sind **alle Interessierten willkommen**.

■ Für weniger Privilegierte ergreifen wir **aktive Fördermassnahmen**.

■ Unabhängig von Herkunft, Pass und Ausbildung **arbeiten bei uns alle gleichberechtigt auf allen Ebenen mit**. Wir streben eine bessere Vertretung von Migrantinnen und Migranten und Menschen ohne akademische Ausbildung in unseren Gremien und Aktivitäten an.

Sozialdemokratische Meinungsbildung von unten mitgestalten

Die Interessen unserer Mitglieder wirkungsvoll zu vertreten bedeutet auch, die sozialdemokratische Meinungsbildung auf städtischer,

Denn die Sozialdemokratie kann nur dann glaubwürdig eine Politik der Emanzipation der Menschen betreiben, wenn sie von unten nach oben funktioniert.

regionaler, kantonaler, nationaler und internationaler Ebene mitzugestalten. Denn die Sozialdemokratie kann nur dann glaubwürdig eine Politik der Emanzipation der Men-

schen betreiben, wenn sie von unten nach oben funktioniert. Es ist die Aufgabe einer Sektion, ein Ort der Meinungsbildung zu sein, die Stimmen ihrer Mitglieder in höhere Parteigremien einzubringen und für einen engen Kontakt zwischen gewählten Vertreter_innen und Wähler_innen zu sorgen.

Massnahmen:

- Wir nehmen als **aktive Delegation** an städtischen SP-Delegiertenversammlungen, regionalen, kantonalen und schweizerischen Parteitag teil und nehmen Einfluss auf die Entscheidungsfindung der Delegiertenversammlungen der SP Schweiz. Wir richten dazu regelmässige Delegiertentreffen aus.
- Wir pflegen **engen Kontakt zu unseren Mandatsträger_innen**.
- Um Entscheide wirkungsvoll mitgestalten zu können, pflegen wir die **Zusammenarbeit** mit unseren Genoss_innen anderer Sektionen und mit den Parteigremien.

QUARTIER- UND STÄDTISCHE POLITIK

Gutes Leben – ein Leben lang

Wir setzen uns dafür ein, dass die Bedürfnisse der Menschen aller Generationen im Quartier und in der Stadt berücksichtigt werden. Wir streben ein respektvolles und solidarisches Miteinander der Generationen in räumlicher Nähe an, das eine gute Lebensqualität in jedem Alter ermöglicht. Wir wollen genügend Wohnmöglichkeiten für Menschen in verschiedenen Lebenssituationen erlauben wie KiTas und Spielplätze für Kinder und Angebote für Menschen höheren Alters, die grösstmögliche Selbstbestimmung ermöglichen, wie z. B. Alterswohngemeinschaften. Wir befürworten eine Durchmischung der verschiedenen Altersgruppen zum gegenseitigen Wohl und fördern deshalb auch die Zusammenarbeit entsprechender Institutionen für Kinder und ältere Menschen und regen die Gründung von Generationenhäusern an.

Wir streben ein respektvolles und solidarisches Miteinander der Generationen in räumlicher Nähe an.

Wir wollen genügend Wohnmöglichkeiten für Menschen in verschiedenen Lebenssituationen.

Massnahmen:

- Wir setzen uns für **mehr Angebote zur Kinderbetreuung** im ganzen Nordquartier ein.
- Wir fördern Initiativen zu **Mehrgenerationenhäusern** und anderen **alternativen Wohnformen**.
- Wir fördern den **genossenschaftlichen Wohnungsbau**.
- Wir fördern die Zusammenarbeit von **sozialen Institutionen im Quartier und entsprechende politische Massnahmen**.
- Die Sektion arbeitet mit ihren Mitgliedern in der Schulkommission zusammen und setzt sich für dezentrale Schulkommissionen ein. Wir befürworten eine **vorausschauende Schulraumpolitik**.

Gute Arbeit, guter Service Public

Gute Löhne und Arbeitsbedingungen sind entscheidend für ein gutes Leben der Individuen, für eine fruchtbare Wirtschaft und einen guten Service Public.

Gute Löhne und Arbeitsbedingungen sind entscheidend für ein gutes Leben der Individuen, für eine fruchtbare Wirtschaft und einen guten Service Public. Ein gut

Ein gut ausgebauter Service Public stellt den Menschen und der Wirtschaft grundlegende Ressourcen wie Strom, Wasser, Verkehrswege und Bildung zur Verfügung. Die dazugehörige Infrastruktur und die Unternehmen sind Volkseigentum und sollen es bleiben.

Die Möglichkeit, einer produktiven Tätigkeit nachgehen zu können, ist ein wesentliches Bedürfnis des Menschen.

Gute Löhne und Arbeitsbedingungen sind entscheidend für ein gutes Leben der Individuen, für eine fruchtbare Wirtschaft und einen guten Service Public. Ein gut ausgebauter Service Public stellt den Menschen und der Wirtschaft grundlegende Ressourcen wie Strom, Wasser, Verkehrswege und Bildung zur Verfügung. Die dazugehörige Infrastruktur und die Unternehmen sind Volkseigentum und sollen es bleiben.

Massnahmen:

■ Wir wehren uns **gegen Angriffe auf die Arbeitsbedingungen, die Altersvorsorge, die Sozialversicherungen und die Mitsprache** von Mitarbeitenden im öffentlichen Dienst, Berufslernenden oder Praktikant_innen.

■ Wir wehren uns **gegen Angriffe auf die Arbeitsbedingungen von Angestellten der Privatwirtschaft, etwa durch eine unverhältnismässige Ausdehnung der Öffnungszeiten und Flexibilisierung der Arbeitszeiten**, und alle Formen von **Prekarisierung** (working poor, Generation Praktikum, etc.).

■ Wir setzen uns dafür ein, dass die Stadt nur Aufträge an Firmen vergibt, die für ihre Angestellten einen GAV anerkennen oder abgeschlossen haben.

Demokratisierung in Wirtschaft & Gesellschaft

Demokratie heisst für uns, dass alle, die betroffen sind, mitbestimmen können, sowohl bei politischen Entscheiden und Wahlen, als auch im Betrieb. Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen selbstbestimmt partizipieren können, und wir wollen eine Wirtschaft, die dem guten Leben dient, die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und das faire Zusammenleben aller in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft fördert.

Wir wollen eine Gesellschaft, in der alle Menschen selbstbestimmt partizipieren können, und wir wollen eine Wirtschaft, die dem guten Leben dient, die natürlichen Lebensgrundlagen erhält und das faire Zusammenleben aller in einer freiheitlichen und demokratischen Gesellschaft fördert.

Massnahmen:

■ Wir setzen uns für die Einführung des **allgemeinen Stimm- und Wahlrechts** für Ausländer_innen auf der kommunalen Ebene ein.

■ Das **Partizipationsreglement** soll nicht Buchstabe bleiben, sondern als bekanntes und anerkanntes Mittel eingesetzt werden können.

■ Wir fördern das Konzept der **urban citizenship**, in dem es darum geht, dass alle, die in der Stadt Bern wohnen, gleichberechtigt mitbestimmen können.

■ Wir fördern die **Zusammenarbeit mit den Gewerkschaften**, setzen uns für die Mitbestimmung der Belegschaften vom Arbeitsplatz über den Betrieb bis zur Unternehmensebene ein und verfolgen das Ziel, dass sich die Menschen aus entfremdeter, fremdbestimmter Erwerbsarbeit befreien können.

Wir setzen uns für die Einführung des allgemeinen Stimm- und Wahlrechts für Ausländer_innen auf der kommunalen Ebene ein.

Aktive Willkommenskultur

Wir wollen eine Stadt, die offen ist für alle ihre Bewohner_innen,

Wir wollen eine Stadt, die offen ist für alle ihre Bewohner_innen und wir setzen uns ein für ein solidarisches Miteinander frei von Diskriminierungen aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung.

und wir setzen uns ein für ein solidarisches Miteinander frei von Diskriminierungen aufgrund von Herkunft, Religion, Geschlecht oder sexueller Orientierung. Wir unterstützen die wirtschaftliche, soziale und politische Integration von

Menschen, die bei uns Schutz vor Verfolgung und kriegerischen Handlungen suchen und die bei uns bleiben.

Massnahmen:

■ Wir unterstützen **Projekte zum Abschluss von Bildungszertifikaten**, um Betroffenen einen besseren Einstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen.

■ Integration geschieht über die Arbeit. Wir fordern ein besseres Angebot von **Arbeitsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen** mit dem Ziel der baldigen Integration in den normalen Arbeitsmarkt.

Wir fordern ein besseres Angebot von Arbeitsmöglichkeiten für geflüchtete Menschen mit dem Ziel der baldigen Integration in den normalen Arbeitsmarkt.

Bezahlbarer Wohnraum vs. Gentrifizierung

In Bern soll es unabhängig von den schwindelerregenden Entwicklungen des Marktpreises bezahlbaren Wohnraum für alle Bevölkerungsschichten geben, insbesondere für Familien und für Arbeitende mit kleinen und mittleren Einkommen. Deshalb unterstützen

wir die Förderung von gemeinnützigem Wohnraum mit dem Ziel, Wohnungen zur Kostermiete anzubieten. Wir wollen auch, dass die Stadt günstigen Wohnraum zur Verfügung stellt, indem günstige Wohnungen

erhalten und Neubauten mit dem Hauptziel günstiger Mieten erstellt werden. Wir wehren uns dagegen, dass die bisherige Bevölkerung vertrieben wird, weil sie sich das Leben im gewohnten Umfeld nicht mehr leisten kann.

Wir wollen auch, dass die Stadt günstigen Wohnraum zur Verfügung stellt, indem günstige Wohnungen erhalten und Neubauten mit dem Hauptziel günstiger Mieten erstellt werden.

Massnahmen:

■ Die **innere Verdichtung** muss vorwärts getrieben werden, kann aber die Neuschaffung von Wohnraum nicht ersetzen.

■ **Bei neuen Überbauungen** sind **genügend Grünflächen** einzuplanen. Alle Wohngebiete müssen gut mit den bestehenden und zu erhaltenden Naherholungsgebieten (Wylerswald, Aaretal, Allmend) erschlossen sein.

■ Die **Wohn-Initiative muss umgesetzt werden** – wir wehren uns gegen die Aushebelung durch juristische Winkelzüge.

Wir fordern, dass bei Ausschreibungen und Ausführung von öffentlichen Bauvorhaben verstärkt auf die Einhaltung von Kosten, Vorschriften und preisgünstiger Wohnnutzungsfläche geachtet wird.

■ Wir setzen uns für eine **konsequente Politik des Fonds für Boden- und Wohnbaupolitik** ein. Der Fonds soll seine Mittel verstärkt zum Bau von preisgünstigem und genossenschaftlichem Wohnraum einsetzen.

■ Städtisches **Bauland** wird nicht verkauft, sondern **im Baurecht abgegeben**.

**Wir unterstützen die Um- und Zwischen-
nutzung, insbesondere zugunsten von
Wohnraum, aber auch für Projekte.**

■ Wir fordern, dass bei **Aus-
schreibungen** und **Ausführung**
von öffentlichen Bauvorhaben
verstärkt auf die Einhaltung von

Kosten, Vorschriften und preisgünstiger Wohnnutzungsfläche geachtet wird.

■ Wir unterstützen die **Um- und Zwischennutzung**, insbesondere zugunsten von Wohnraum, aber auch für Projekte.

Kultur: Ein Grundbedürfnis

Kultur ist eine Grundbedingung des mündigen menschlichen Daseins, sie regt Diskussionen an und trägt zur Zufriedenheit bei. Die Teilnahme am Kulturleben darf nicht Privileg begüterter Einzel-

**Kultur geht uns alle an und alle sollen
teilhaben können, denn Kultur kann einen
zentralen Beitrag zum gesellschaftlichen
Zusammenhalt leisten.**

personen sein. Kultur geht uns alle an und alle sollen teilhaben können, denn Kultur kann einen zentralen Beitrag zum gesellschaftlichen Zusammenhalt leisten. Kulturförderung ist eine

Investition in eine lebendige Gesellschaft und bietet einen Ansatz, sich mit dem Zustand der Gesellschaft zu befassen.

Massnahmen:

■ Wir fordern **mehr städtische Ateliers und andere Räume**, wo Kultur entstehen kann, beispielsweise in ungenutzten Brachen, die zwischengenutzt werden.

■ Wir setzen uns für die **Erhaltung und den Ausbau eines vielfältigen Kulturangebots** ein. Projekte aller Kunstsparten von in Bern lebenden Personen aller Nationalitäten sollen gefördert werden.

■ Wir fordern eine **angemessene Verteilung der finanziellen Mittel zwischen grossen Häusern, kleineren Veranstaltungsorten und der freien Szene**.

■ Die Förderung der Kultur muss **die soziale Sicherheit** der Akteuerinnen und Akteure umfassen.

Guter ÖV, besserer Fuss- und Veloverkehr, weniger motorisierter Individualverkehr

Immer mehr Städter_innen besitzen kein eigenes Auto mehr. Sie sind zur Überzeugung gelangt, dass urbanes Leben ohne Auto die Lebensqualität nicht einschränkt. Wir unterstützen eine Gesellschaft, in der Leben und Arbeiten in derselben Ortschaft möglichst ist. Wir befürworten ein gut ausgebautes Netz an Verkehrswegen für Fuss-, Velo- und öffentlichen Verkehr. Wo es möglich ist, sollen diese Verkehrswegen getrennt geführt werden, um Konflikte unter Benutzer_innen verschiedener Verkehrsmittel zu vermeiden. In gewissen Fällen sind jedoch auch Mischzonen erfolgversprechend, weil sie die Verkehrskultur verbessern können (z. B. Begegnungszonen).

Wir unterstützen eine Gesellschaft, in der Leben und Arbeiten in derselben Ortschaft möglichst ist.

Massnahmen:

■ Das **ÖV-Netz** soll ausgebaut und das Stadtgebiet optimal mit den (auch ökologisch) geeigneten Verkehrsmitteln erschlossen werden.

Wir fordern sichere Schulwege bei uns im Quartier und in der ganzen Stadt.

■ Zu Fuss gehen oder mit dem Velo fahren, das darf kein gefährliches Abenteuer mehr sein: wir wollen **sichere Fuss- und Velo-Wege** ohne Komfortverlust. Nicht zu vermeiden sind dafür Einschränkungen des motorisierten Individualverkehrs.

■ Wir fordern **sichere Schulwege** bei uns im Quartier und in der ganzen Stadt.

■ Den **Mobilitätsbedürfnissen Betagter** muss Beachtung geschenkt werden.

■ Die sich ändernden Verkehrsgewohnheiten sollen sich in der Re-Dimensionierung der Infrastruktur für den motorisierten Individualverkehr niederschlagen: **keine Parkplätze, wo sie durch die Anwohner_innen nicht mehr genutzt werden, Begegnungszonen** und **Tempo-30-Zonen** beim fahrenden Verkehr.

Wir unterstützen die Forderung nach weniger Durchgangsverkehr mit der Waben-Lösung in den Quartieren.

■ Wir unterstützen die Forderung nach weniger Durchgangsverkehr mit der Waben-Lösung in den

Quartieren. Die Idee dahinter ist, dass der motorisierte Verkehr die Wabe über denselben Weg verlässt, wie er hineingelangt ist.

Öffentlicher Raum für alle

Der öffentliche Raum muss allen zur Verfügung stehen. Versammlungsfreiheit bedeutet, dass die Möglichkeit zur Meinungsäußerung

in der Öffentlichkeit hoch gehalten werden muss. Es braucht reichlich Platz für Nichtkommerzielles. Wo es Freiräume

Versammlungsfreiheit bedeutet, dass die Möglichkeit zur Meinungsäußerung in der Öffentlichkeit hoch gehalten werden muss.

und Möglichkeiten zur selbstbestimmten sozialen, kulturellen und sportlichen Entfaltung gibt, können sich Menschen in selbst gewählten Räumen sozialisieren. Ein Nebeneffekt davon ist, dass es dann auch weniger soziale Spannungen und Konflikte gibt. Die gemeinsame Nutzung des öffentlichen Raumes erfordert von den Beteiligten gegenseitigen Respekt.

Massnahmen:

■ In den Quartieren werden **für verschiedene Altersgruppen geeignete, nichtkommerzielle Angebote** zur Verfügung gestellt, erhalten

und ausgebaut.

und ausgebaut, wie zum Beispiel Quartiertreffs und Jugendhäuser, genügend

Sportplätze, verlängerte Zugangszeiten für Sportanlagen und Turnhallen.

■ Wir kämpfen dafür, dass die **Allmenden für alle** nutzbar bleiben und wehren uns gegen die Ausdehnung der BEAbernexpo und Strassen-Baupläne des Bundesamtes für Strassen (ASTRA) auf der grossen Allmend.

■ **Selbst verwaltete Freiräume** wie die Reitschule müssen erhalten und konsequent gefördert werden. Zudem sollen neue solche Räume entstehen können.

Wir setzen uns für einen nicht-repressiven Umgang mit politischer Meinungsäußerung im öffentlichen Raum ein.

■ Wir setzen uns für einen **nicht-repressiven Umgang mit politischer Meinungsäußerung im öffentlichen Raum** ein.

Bildungsstandort Bern erhalten und fördern

Bildung ist unser zentrales Gut und die wichtigste Grundlage für eine Gesellschaft von mündigen Bürger_innen. Diese Aussage darf kein blosses Lippenbekenntnis sein. Wir befürworten den Erhalt und den Ausbau der bestehenden Bildungsinstitutionen vom Kindergarten, über die Primar- und Sekundarschule, die Berufsschulen (GIBB, Schule für Gestaltung, Technische Fachschule, Zentrum medi und Berufsschule für Wirtschaft und Dienstleistungen), die Fachhochschulen, bis hin zur Universität und wehren uns gegen das Sparen bei der Bildung.

Massnahmen:

■ Wir sprechen uns **gegen Sparmassnahmen** wie die Erhöhung der Klassengrösse oder die Reduktion von Lektionen aus.

■ Wir fordern eine konsequente Politik zum **Erhalt und Ausbau des Bildungsstandorts Bern.**

Wir fordern eine konsequente Politik zum Erhalt und Ausbau des Bildungsstandorts Bern.

■ Das Schweizer Bildungssystem ist zwar qualitativ hochstehend, jedoch gibt es einen starken, wissenschaftlich bewiesenen Zusammenhang zwischen sozialer Herkunft und Bildungserfolg. Wir kämpfen für ein **inklusives Bildungssystem**, setzen uns für eine **selektionsfreie Volksschule** ein.

Quartiergestaltung und -politik prägen

In der Sektion ist die Arbeitsgruppe Quartier, Verkehr, Wohnen (QVW) für die vorausschauende Behandlung der entsprechenden Geschäfte zuständig. Wir nehmen Einsitz in den Quartiergremien (Dialog Nordquartier) und in der Schulkommission und gestalten ihre Arbeit aktiv mit. Wir beteiligen uns an der Quartier- Siedlungs- und Stadtentwicklung. Bauprojekte im Quartier begleiten wir kritisch und behalten uns wo nötig rechtliche Mittel wie Einsprachen vor.

Massnahmen:

- Unsere Vertretung sichert den **Einfluss der Sektion in den Gremien** und koordiniert wichtige Entscheidungen mit dem Vorstand.
- Wir pflegen ein **Netzwerk von Mitgliedern, die sich im Quartier engagieren.**
- Wir binden weitere Mitglieder in die **AG QVW** ein und sorgen dafür, dass die Arbeitsgruppe gut vernetzt ist, besonders mit den Angehörigen des Stadtrats (Kommission für Planung, Verkehr und Stadtgrün).
- Wir beteiligen uns aktiv an **Vernehmlassungen.**
- Wir pflegen und vertiefen die **Vernetzung mit den Organisationen und dem Gewerbe im Quartier.**
- Wir **kommunizieren** unsere Anliegen über die uns zur Verfügung stehenden Kanäle.

KANTONALE, NATIONALE UND INTERNATIONALE POLITIK

Gräben zwischen Stadt, Agglomeration und Land überwinden – urbane Anliegen stärken

Es ist für uns wichtig, das gegenseitige Verständnis für Anliegen von Stadt, Agglomeration und Land zu fördern. Nur so können urbane Anliegen im Kanton besser Gehör finden.

Es ist für uns wichtig, das gegenseitige Verständnis für Anliegen von Stadt, Agglomeration und Land zu fördern.

Massnahmen:

- Wir stärken die urbane Achse im Kanton durch **Partnerschaften mit SP-Sektionen anderer Städte.**
- Wir streben die **Partnerschaft mit SP-Sektionen auf dem Land und in der Agglomeration** an und erarbeiten Lösungen zum gegenseitigen Nutzen.
- Wir stärken die **Zusammenarbeit von Städten und Agglomerationsgemeinden.**

Kampf dem Spardiktat

Die Logik des «Gesundshrumpfens» verlangt Einsparungen bei den Leistungen an Bedürftige, um wohlhabende Personen und Firmen mit Steuergeschenken belohnen zu können. Das langfristige Ziel hinter solcher Politik ist es, die öffentliche Hand so weit schrumpfen zu lassen, dass nur möglichst wenig von oben nach unten umverteilt werden kann.

Wir wehren uns gegen eine solche Austeritätspolitik, die bestehende soziale Probleme verschärft, neue Kosten entstehen lässt und Machtverhältnisse zementiert.

Wir wehren uns gegen eine solche Austeritätspolitik, die bestehende soziale Probleme verschärft, neue Kosten entstehen lässt und Machtverhältnisse zementiert. Wir fordern wirkungsvolle Massnahmen im Kampf gegen die Armut und setzen uns dafür ein, dass ein guter Service Public erhalten und gefördert wird.

Massnahmen:

- Wir **prangern die Sparlogik an**, die zu einer Umverteilung von unten nach oben führt und setzen uns gegen diese Politik ein.
- Wir thematisieren die **Finanzpolitik** und setzen uns für eine **gerechtere Steuerpolitik ein**.

Linke Antworten auf Flucht und Migration

Menschen, die durch Flucht und andere Arten von Migration in die Schweiz kommen, sind nicht ein «Problem» und die linke Antwort darauf ist nicht eine asyl- oder migrationspolitische «Lösung». Forderungen nach Einreisekontingenten, Bevorzugung bestimmter Gruppen (nach wirtschaftlicher Nachfrage, Religion, etc.) und Ungleichbehandlung von Menschen, nur weil sie keinen Schweizer Pass besitzen, widersprechen dem Grundsatz, dass alle Menschen gleich sind an Würde. Problematisch sind nicht Mitmenschen, denen Schutz und eine Perspektive gebührt, sondern die wirtschaftlichen und geopolitischen Verhältnisse, in denen Flucht und andere Arten erzwungener Migration überhaupt entstehen, sowie die ungleiche Behandlung von Menschen auf Grund ihrer Nationalität, ihrer wirtschaftlichen Leistungsfähigkeit, Religion, Hautfarbe, etc.

Massnahmen:

- Wir wollen **gleiche Rechte für alle Bewohner_innen der Schweiz**: Illegalisierung und Prekariisierung sind menschenunwürdig und setzen eine Abwärtsspirale in Gang, entlang derer Grundrechte verhandelbar werden und an deren Ende sich alle mit weniger sozialer Sicherheit und schlechteren Arbeitsbedingungen wiederfinden; ob nun mit oder ohne Schweizer Pass.
- Wir setzen uns für **legale und sichere Zuwanderungswege** ein.
- Wir setzen uns für eine **Politik ein, die den Ursachen erzwungener Migration ein Ende setzt**. Das bedeutet unter anderem ein Ende der Finanzierung und des Exports von Kriegsmaterial und ein Ende der Hunger-Produktion durch Nahrungsmittelspekulation.

**Wir wollen gleiche Rechte für alle
Bewohner_innen der Schweiz.**

■ Wir wollen eine Handels-, Entwicklungs- und Steuerpolitik, welche **die autonome wirtschaftliche Entwicklung und die politische Selbstbestimmung von Ländern des globalen Südens** ermöglicht.

Gelebter Internationalismus

Im Nachgang der Finanzkrise und angesichts des Versagens im Umgang mit Menschen auf der Flucht steigt in vielen Ländern der Unmut über die neoliberale Politik. Rechtsnationale Parteien und Bewegungen haben gefährlichen Auftrieb erhalten. Gleichzeitig erstarken aber auch linke Parteien im Süden Europas, in Krisen-gebeutelten Ländern wie Irland, aber auch im Vereinigten Königreich und in den Vereinigten Staaten. Wir prägen diesen Trend aktiv mit: solidarisches Miteinander ist nicht nur die Aufgabe international wichtiger Leute, sondern auch jene der Basis. Wir nehmen unseren Teil der Verantwortung mit einer international ausgerichteten Solidarität wahr.

Wir nehmen unseren Teil der Verantwortung mit einer international ausgerichteten Solidarität wahr.

Massnahmen:

■ Wir thematisieren die Probleme der **Globalisierung** und zeigen Lösungen durch eine **internationalistische Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Konkurrenzlogik** auf.

Wir thematisieren die Probleme der Globalisierung und zeigen Lösungen durch eine internationalistische Überwindung der kapitalistischen Eigentums- und Konkurrenzlogik auf.

■ Wir setzen uns für eine **verstärkte internationalistische Ausrichtung der SP Schweiz** ein und suchen selbst die Zusammenarbeit mit Migrant_innen, progressiven Organisationen und Parteien.

■ Wir **lernen von unseren Genoss_innen in anderen Ländern** (z. B. Wohnpolitik des «roten Wien»)

■ **Rechtsnationalen und faschistischen Tendenzen und Kräften zeigen wir die Stirn.**

Die Arbeit am Strategieprozess 2016-19 wurde an der Vorstandstretraite vom 28. März 2015 begonnen. Das Strategiepapier wurde durch die Mitgliederversammlung vom 13. Juni 2016 verabschiedet. Interessierte Genoss_innen erhielten Gelegenheit, sich im Rahmen eines Workshops und von Konsultationen an der Entwicklung dieser Strategie zu beteiligen.

- Ich werde Mitglied der SP Bern-Nord
- Ich unterstütze eure Arbeit mit einer Spende
- Ich möchte weitere Informationen zur SP Bern-Nord

Name _____

Adresse _____

PLZ, Ort _____

Tel. _____

E-Mail _____

Talon ausfüllen und in einem Couvert einsenden an:

SP Bern-Nord

Postfach 609

3000 Bern 22

info@sp-bern-nord.ch

www.sp-bern-nord.ch

Postkonto: 30-26038-9

IBAN: CH57 0900 0000 3002 6038 9



WIR IN BERN-NORD

Die Sozialdemokratie ist eine weltweite Bewegung, die sich an den Grundwerten Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität orientiert. Die SP Schweiz ist Teil dieser Bewegung und wir, die SP Bern-Nord, geben der Partei ein Gesicht im Quartier:

Wir sind die sozialdemokratischen Berner «Nordsterne» und wollen durch unser politisches Engagement wie der Polarstern Orientierung anbieten für eine gerechtere Entwicklung unserer Gesellschaft auf der Grundlage des demokratischen Sozialismus.